Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 217 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 17. September 1931

Das Hauptziel.

Nur einen halben, ja vielleicht nur einen viertel Sieg über politische Spannungen und Widerstände hatte der amerikanische Präsident Hoover mit seinem Vorschlag errungen, für ein ganzes Jahr die Bezahlung der internationalen Schulden allgemein auszusetzen. Man braucht ja nicht mehr an die allzu bekannten Hemmnisse zu erinnern, an denen dieser Plan zu scheitern drohte und die nur mühsam überwunden werden konnten. An jenen Spannungen und Widerständen zerschellte aber die auf eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise abzielende „massenpsychologische" Wirkung und es ging seitdem wirtschaftlich in der Alten wie in der Neuen Welt immer weiter bergab. Zudem verstärkten sich die politischen Spannungen auch noch, mußten wirtschaftlich vernünftige Erwägungen sich dem Diktat der französischen Politik beugen, die zwar aus diesem Ringen als Sieger hervorging, aber ein großes, mit wachsenden Schwierigkeiten übersätes Trümmerfeld hinter sich ließ.

Trotzdem werden neue Gerüchte laut, die von ähnlichen, nur um vieles erweiterten Absichten Hoovers wissen wollen, von der Absicht des amerikanischen Präsidenten sprechen, sein „Feierjahr" auf die vier- oder fünffache Dauer auszudehnen. Da Deutschland ja letzten Endes der Tributschuldner der Welt ist, auch jener Staaten, denen gegenüber Amerika den Gläubiger darstellt, so würde sich ein derartiger neuer Vorschlag Hoovers natürlich auf eine entsprechend lange Außerkraftsetzung des Young-Planes beziehen. Wenn man sich zunächst auf diese rein rechtlich-formale Seite beschränkt, so könnte man freilich vom deutschen Standpunkt aus sofort einwenden, daß bei einer bloßen Verlängerung des Feierjahres auch die Revision des Young-Planes hinausgeschoben wird, die herbeizuführen das Hauptziel der deutschen Außenpolitik ist und bleiben muß. Zumal das jetzige Feierjahr an sich schon Beweis genug für die Unhaltbarkeit jenes Planes sei. Auch bei einer längeren Außerkraftsetzung würde der Young-Plan immer als drohende Wolke über der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands stehen und uns selbst nicht frei atmen lassen.

Das sind Argumente, die einer gewissen Berechtigung nicht entbehren. Andererseits leben wir aber auch so nur von der Hand in den Mund und haben wirtschaftlich ein „Moratorium" nur bis zum Februar nächsten Jahres erhalten. Dann läuft die Zeit des „Stillehaltens" unserer Kreditgläubiger ab und bis dahin muß Entscheidendes in der Frage geschehen sein, wie sich unsere wirtschaftlich-politische Lage und unsere entsprechenden Beziehungen zu den anderen Mächten, namentlich Frankreich, gestalten. Diese Frage scheint nun aber auch bei den angeblichen neuen Plänen Hoovers eine bedeutsame Rolle zu spielen: das neue längere Moratorium solle, wie die Londoner „Times" schreiben, den Weg abgeben, auf dem eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland möglich gemacht würde. Daß die deutsch-französischen Beziehungen — die ja rein politisch beeinflußt sind — den Drehpunkt für eine Wendung wohl auch der Weltwirtschaftskrise darstellen, daß auch alle Versuche, diese Krise zu mildern, an jenem Punkt einfach nicht vorbeikommen, haben dem amerikanischen Präsidenten die Erfahrungen des letzten Sommers mit aller Deutlichkeit bewiesen. Nüchterne Feststellung sagt eben, daß von der Art und Gestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich noch weit mehr als nur unser eigenes wirtschaftlich-politisches Schicksal abhängt. Auch das hat uns dieser Sommer schmerzlich genug vor Augen geführt.

Aber selbst wenn der angebliche neue Plan Hoovers mehr als nur ein Gerücht ist, muß man daran denken, daß er auch jetzt wieder ein schweres Hindernis auf seinem Wege findet: das Problem der Abrüstung, das ja auch so eng mit der „interalliierten Kriegsschuldenfrage" verflochten ist und darum den Gegenstand eines harten und hartnäckigen Ringens wieder zwischen Amerika und Frankreich abgeben muß.

Amerika für Grandis Flottenvorschlag.

Das amerikanische Staatsdepartement steht, wie amtlich mitgeteilt wird, der Frage einer zeitweiligen Einstellung der Flottenbauten nach Prüfung der Vorschläge Grandis und Senators Borah sympathisch gegenüber.

Harte Bedingungen für Österreich.

Schwierigkeiten im Genfer Finanzausschuß.

Bei den Verhandlungen des Ständigen Finanzausschusses über das österreichische Finanzhilfegesuch sind Schwierigkeiten entstanden, die zunächst zu eingehenden Beratungen innerhalb der österreichischen Abordnung und zur Fühlungnahme mit der Wiener Regierung geführt haben.

Der Finanzausschuß hat ein Programm aufgestellt, in dem von Österreich weitere Einschränkung des Haushaltes und allgemeine Ersparnisse gefordert werden. Auf österreichischer Seite werden diese Forderungen zunächst als **nicht tragbar** angesehen.

Ein großes Friedensproblem

Der mangelhafte Schutz der Minderheiten.

Kritik des Reichsaußenministers am Völkerbund.

Reichsaußenminister Curtius führte im Politischen Ausschuß der Völkerbundversammlung bei der Eröffnung der Aussprache über das Minderheitenproblem u. a. aus: Die deutsche Delegation hat es für ihre Pflicht gehalten, den das Minderheitenproblem behandelnden Teil des Jahresberichts des Generalsekretariats des Völkerbundes zur Überweisung an den Politischen Ausschuß der Versammlung zu beantragen. Es ist nämlich unbedingt notwendig, einen Rückblick auf die Jahrestätigkeit des Völkerbundes auf dem Gebiete der Minderheitenbehandlung zu werfen und hierzu kritisch Stellung zu nehmen, Erfahrungen auszutauschen und praktische Anregungen für den Ausbau des Minderheitenverfahrens beim Völkerbund zu machen. Die deutsche Delegation hat jedoch nicht die Absicht, jetzt bereits praktische Vorschläge zum Ausbau des Minderheitenschutzes vorzulegen. Sie geht von dem im Vorjahre angenommenen Bericht über die Minderheitenfrage aus, in dem alle die Achtung vor den heiligen Rechten der Minderheiten auf Sprache, Religion und Kultur anerkannt und ausdrücklich festgestellt haben, daß im Minderheitenproblem ein großes Friedensproblem vorliegt. Das Minderheitenproblem ist nicht ein nationales, sondern ein internationales Problem. Es ist die Aufgabe des Völkerbundes, über die Minderheiten zu wachen. Eine Unterdrückung der Minderheiten entspräche nicht den wahren Interessen der Mehrheitsvölker. Die Minderheiten haben die Pflicht, mit den Mehrheitsvölkern zusammenzuarbeiten.

Curtius betonte sodann, daß die Minderheiten allen Anspruch auf Einhaltung dieser Grundsätze hätten. Er setzte sich dann kritisch mit dem auf der Madrider Ratstagung geschaffenen

Beschwerdeverfahren der Minderheiten

auseinander und stellte hierbei fest, daß die Zahl der beim Völkerbund eingegangenen Beschwerden von 57 im vorigen Jahre auf 204 im abgelaufenen Geschäftsjahre gestiegen sei. Von diesen 204 Beschwerden seien nur 73 vom Völkerbundsekretariat für zulässig erklärt worden. Die Einbringung von Beschwerden sei das selbstverständliche Recht der Minderheiten. Es dürfe nicht verkümmern. Besonders dürften daraus den Minderheiten keine Nachteile in ihren eigenen Ländern erwachsen. Die Beschlüsse des Völkerbundrates auf der Madrider Ratstagung seien eine Reihe von Vervollkommnung des bisherigen Minderheitenverfahrens vor. Er hoffe dringend, daß künftig häufiger als bisher eine Erweiterung der Minderheitenausschüsse bei der Behandlung grundsätzlicher Minderheitenfragen stattfinden werde. Bisher sei es nur einmal erfolgt. Curtius brachte sodann eine Reihe von

Anregungen zur Verbesserung

des gegenwärtigen Beschwerdeverfahrens des Völkerbundes vor. Besonders bedeutsam sei die Stellung der beschwerdeführenden Minderheit. Wie unbefriedigend dieses Verfahren sei, zeige ein besonders bedeutsamer Fall, der kürzlich vor dem Völkerbundrat verhandelt worden sei, und wo der Völkerbundrat eine endgültige Stellungnahme geben wollte, obwohl der beschwerdeführenden Minderheit keinerlei Gelegenheit geboten wurde, zu der in letzter Stunde eingetroffenen Antwort der Regierung Stellung zu nehmen. Der Völkerbundrat hätte somit

in diesem bedeutungsvollen Falle

(Oberschlesien) eine endgültige Regelung getroffen, ohne zu der letzten Phase der Verhandlungen Stellung zu nehmen. Unbedingt notwendig sei daher, daß den Minderheiten die Gelegenheit gegeben würde, auch zu diesem im letzten Augenblick eingehenden Material der Regierung Stellung zu nehmen. Ferner sei es durchaus wünschenswert, daß noch weit mehr als bisher von dem den Minderheitenausschüssen eingeräumten Recht der Rückfrage bei den Minderheiten Gebrauch gemacht würde.

Die Veröffentlichung der Beschlüsse

der Minderheiten, die nach dem Madrider Verfahren durchaus möglich sei, bedeute einen wesentlichen Schutz der Minderheiten und Deckung gegen Gefahren, die aus einer Geheimhaltung des laufenden Verfahrens für die Minderheiten entstehen können. Im Vorjahre seien von 29 Minderheitenentscheidungen lediglich drei veröffentlicht worden. Es sei daher dringend notwendig, daß die Zahl der Veröffentlichungen der Minderheitenentscheidungen sich rasch erhöhe.

Dr. Curtius schloß seine Ausführungen sodann mit der Erklärung, es bestehe kein Zweifel daran, daß

noch sehr viel getan werden müsse,

bis man zu einer Lösung des Minderheitenproblems gelange, die eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen den Mehrheits- und Minderheitsvölkern schaffe.

Der Völkerbund dürfe in seinem Eintreten für die Minderheiten nicht erlahmen. Er dürfe nie die heiligen Rechte der Minderheiten, die Garantieverpflichtungen des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten und die seelische und materielle Notlage der Minderheiten außer acht lassen.

*

Nach der Curtius-Rede fand eine große Aussprache über die Minderheitenfrage statt. Sodann wurde beschlossen, der Vollversammlung nur über den Verlauf der Verhandlungen im politischen Ausschuß zu berichten.

Die Behandlung der Minderheitenfrage auf der diesjährigen Vollversammlung ist somit ohne jede praktischen Ergebnisse in einer zweistündigen vollständig allgemeinen Aussprache abgeschlossen. Es wurden nur Erklärungen abgegeben, die keinen grundsätzlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Behandlung der Minderheiten durch den Völkerbund bedeuten können.

Enttäuschung der Minderheiten.

Die Kritik Curtius' war nicht scharf genug.

In Kreisen der Minderheitenvertreter in Genf hat die Rede des deutschen Außenministers stark enttäuscht. Es wurde allgemein erwartet, daß Curtius in weit stärkerem Maße, als es geschehen ist, die tatsächlichen Leiden der Minderheiten und das völlige Fehlen des Völkerbundschutzes für die Minderheiten feststellen werde. Man vermißt daher einen Hinweis auf die erschütternde Lage der Millionen von Minderheiten, ihre seelische und materielle Notlage sowie ihre Rechtlosigkeit. Wenig verständlich erscheint ferner, daß den die Minderheitenfragen bearbeitenden Stellen des Völkerbundsekretariats erteilte Lob, da in weitesten Minderheitenkreisen gerade die Leitung der Minderheitenabteilung in letzter Zeit Gegenstand scharfer Kritik gewesen ist. Auch wird ein Hinweis auf die fortgesetzte Verletzung der Minderheitenschutzverträge in zahlreichen Ländern vermißt.

*

Die deutsche Oberschlesienbeschwerde.

Vor der Behandlung im Völkerbund.

Der japanische Botschafter in Paris, Joshijawa, der im Völkerbundrat Berichterstatter für die Oberschlesienfrage ist, stattete Dr. Curtius einen Besuch ab. In dieser Unterredung ist über die bevorstehende Erörterung der noch immer nicht entschiedenen großen Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien wegen der polnischen Terrorakte gesprochen worden. In den in der letzten Zeit zwischen der deutschen und der japanischen Abordnung geführten Verhandlungen ist von deutscher Seite mit großem Nachdruck der Standpunkt vertreten worden, daß der auf der Maitagung vom japanischen Berichterstatter vorgelegte abschließende Bericht, der eine befriedigende Lage und allgemeine Entspannung in Oberschlesien feststellt, von Deutschland nicht anerkannt werden könne, da er in keiner Weise der wahren Lage entspreche.

Es wird erwartet, daß der Rat Ende dieser Woche zusammentritt, um über die Oberschlesienfrage zu verhandeln. Reichsminister Dr. Curtius stattete dem japanischen Untergeneralsekretär des Völkerbundes, Sugimura, dem Leiter der politischen Abteilung des Völkerbundsekretariats, einen Besuch ab. In dieser Unterredung ist das Programm der kommenden Ratsverhandlung über die Oberschlesien- und Danziger-Frage erörtert worden.

Die Herbstwoche der Landwirtschaft

Der Aufbauwille des deutschen Landmanns.

Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Bei ihren Wanderungen rings um das Reich hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft für diese Herbsttagung in dem ausgesprochenen Kleinbauern-, Gärtner- und Winzerlande Hessen Station gemacht. Die Anteilnahme aus allen süd- und westdeutschen Gebieten ist außerordentlich stark und übertrifft bei weitem diejenige der letztjährigen Tagungen. Schon in den Ausschußsitzungen konnte eine hocherfreuliche Tatsache mitgeteilt werden, welche beweist, daß trotz der Notzeit der Aufbauwille des deutschen Landmannes ungebrochen geblieben ist: Bei den über Erwarten zunehmenden Eintragungen in das deutsche Rinderleistungsbuch sind Höchstleistungen an Menge der Milch und des Fettgehaltes festgestellt worden, welche die amerikanischen Höchstleistungen nicht unerheblich übertreffen.

In gleichem Maße günstig hat sich das Kontrollvereinswesen entwickelt, wobei jetzt der durchschnittliche Jahresmilchertrag der Kontrollkuh mit 3795 Kilogramm der sonstigen Durchschnittsleistung aller deutschen Kühe mit 2238 Kilogramm gegenübersteht.

Aus den übrigen Versammlungen des ersten Tages ist hervorzuheben, daß

in der Düngerabteilung

die dänische Behauptung, man könne ausschließlich mit Mineraldünger ohne Stallmist auskommen, zurückgewiesen und als für unsere Böden unzutreffend bezeichnet wurde. Bei uns leidet auch bei den besten Böden die Gare sofort, wenn Stallmist ausbleibt, doch erweist sich Kunstmist im Gegensatz zu der noch nicht bewährten Strohdüngung zunehmend als ein guter Ersatz des Stalldunges.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF